



## Newsletter

### DIHK Steuern | Finanzen | Mittelstand



### Liebe Leserinnen und Leser,

Der Bundeshaushalt 2025 bestimmt auch in der parlamentarischen Sommerpause weiterhin die Diskussion. Denn im Regierungsentwurf, der am 17. Juli vom Kabinett verabschiedet wurde, findet sich noch eine Finanzierungslücke. Zu ihrer Schließung wurde in der Bundesregierung vereinbart zu prüfen, bislang geplante Ausgaben aus dem Kernhaushalt wie Zuschüsse für die Deutsche Bahn und die Autobahngesellschaft in Darlehen umzuwandeln. Außerdem sollte die Finanzierungslücke durch die strukturelle Vereinnahmung von Überschüssen aus der Gaspreisbremse kleiner werden. Diese vom Bundesfinanzministerium beauftragte Prüfung hat nun ergeben, dass nur Teile davon im Einklang mit der Schuldenbremse umgesetzt werden können. Die Gespräche für eine Lösung laufen auf Hochtouren, denn in diesen Tagen soll der Entwurf dem Bundestag zur Befassung ab September 2024 zugeleitet werden.



In der Prioritätensetzung für den Bundeshaushalt wird es für die Wirtschaft wesentlich darauf ankommen, die Investitionen zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland wieder zu verbessern.

Die Bundesregierung hat Anfang Juli zudem eine sogenannten Wachstumsinitiative mit mehr als 40 Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht. Erstes Umsetzungsergebnis ist der Entwurf für eine Steuerfortentwicklungsgesetz. Hier sind die Erhöhung (20 auf 25 Prozent) und die Verlängerung (bis 2028) der degressiven Abschreibung enthalten. Die Vorschläge im Detail beschreiben wir in diesem Newsletter.

Dass Verbesserungen bei der Besteuerung und bei der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes dringend nötig sind, zeigen einmal mehr aktuelle Befunde zu Lage des Mittelstandes. Denn der Mittelstand ist auch in Krisenzeiten eine tragende Säule der deutschen Volkswirtschaft –

gerade durch das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn bestätigt. Daneben wird die Unternehmensnachfolge zu einem immer größeren Problem im Mittelstand. Das vermehren die 79 Industrie- und Handelskammern anhand der Erfahrungen aus ihrem Service für Unternehmen und für potenzielle Nachfolger. Wir stellen im Newsletter die wichtigsten Ergebnisse des DIHK-Reports Unternehmensnachfolge mit einem besonderen Blick auf das Hotel- und Gastgewerbe vor.

Dauerthema und dringend erforderlich, der Bürokratieabbau. Die DIHK hat die geplanten Änderungen in der Außenhandelsstatistik kommentiert, mit denen Tausende Unternehmen ab 2025 insgesamt von Statistikpflichten entlastet werden sollen. Es ist und bleibt mühsam.

Wie gewohnt berichten wir über aktuelle europäische Entwicklungen. Dazu gehören neben den politischen Leitlinien von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für ihre zweite Amtszeit auch die sogenannten länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters. Sie enthalten Fristen für das Ergreifen wirtschaftspolitischer Maßnahmen sowie einen empfohlenen Schuldenabbaupfad. Außerdem stellen wir verschiedene Analysen des Europäischen Rechnungshofes zu einzelnen Ausgabenbereichen der europäischen Politik und die aktuellen Steuertrends in der Europäischen Union vor.

Wir wünschen eine angenehme Lektüre.

Rainer Kambeck  
Bereichsleiter Wirtschafts- und Finanzpolitik Mittelstand

## Inhalt

Aktuelle Steuerpolitik und Steuerrecht	Abrechnung 2023: Öffentliche Schulden sind weiter gestiegen
Bundesregierung beschließt Steuerfortentwicklungsgesetz	Internationale und Europäische Steuerpolitik
Aktuelle Haushaltspolitik	Steuertrends in der Europäischen Union
Bundeshaushalt 2025 – Finanzierungslücke nicht einfach zu schließen	Mittelstand
Steuereinnahmen im Juni 2024 kräftig gestiegen	Deutschlands Mittelstand – tragende Wirtschaftssäule gerät unter Stress
Von der Leyens neue Amtszeit	Bürokratieabbau in der Außenhandelsstatistik
EU-Rat billigt länderspezifische Empfehlungen	Unternehmensnachfolge – Hotels und Restaurants unter hohem Druck
Rechnungshöfe: Unabhängige Finanzkontrolle für Ausgaben der EIB notwendig	Jetzt Schlussabrechnung der Corona- Wirtschaftshilfen einreichen
Analyse des Europäischen Rechnungshofes zu Kohäsionsausgaben	

## Aktuelle Steuerpolitik und Steuerrecht

### Bundesregierung beschließt Steuerfortentwicklungsgesetz



©fhm/Moment/Getty Images

**Gesetz soll die steuerlichen Maßnahmen der Wachstumsinitiative vom 5. Juli 2024 sowie im Koalitionsvertrag enthaltene Vorhaben umsetzen**

Am 24. Juli 2024 hat die Bundesregierung den Entwurf eines Steuerfortentwicklungsgesetzes beschlossen. Der bisherige Kabinettdesign des zweiten Jahressteuergesetzes 2024 ist in diesen Entwurf aufgegangen.

[Mehr erfahren](#)



## Aktuelle Haushaltspolitik

### Bundshaushalt 2025 – Finanzierungslücke nicht einfach zu schließen



©Creativ Studio Heinemann/Westend61/Getty Images

**Erste Überprüfung geplanter Korrekturmaßnahmen fällt unterschiedlich aus**

Die vom Bundesministerium der Finanzen angestoßene Überprüfung verschiedener Maßnahmen im Bundshaushalt 2025, die die Finanzierungslücke unter den Vorgaben der Schuldenbremse verkleinern sollen, kommt zu unterschiedlichen Ergebnissen.

[Mehr erfahren](#)



### Steuereinnahmen im Juni 2024 kräftig gestiegen



©jayk7/Moment/Getty Images

**Deutliches Plus bei Lohn- und Umsatzsteuer**

Die Steuereinnahmen in Deutschland (ohne Gemeindesteuern) legten im Juni 2024 um 6,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Hier finden Sie die aktuellen Zahlen im Überblick.

Mehr erfahren



## Von der Leyens neue Amtszeit



©Europäische Union, 2024/Christophe Licoppe

### Neue Schwerpunkte für die nächste Kommission angekündigt

Vor ihrer Rede im Europäischen Parlament hat Ursula von der Leyen politische Leitlinien für ihre zweite Amtszeit veröffentlicht. Eine zentrale Rolle in diesen Leitlinien nehmen Maßnahmen für nachhaltigen Wohlstand und eine nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit ein.

Mehr erfahren



## EU-Rat billigt länderspezifische Empfehlungen



©a-wrangler / iStock / Getty Images Plus

### Im Fokus: Haushalt, Kohäsion, Fachkräftemangel und Dekarbonisierung

Mitte Juni präsentierte die Europäische Kommission das Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2024. Zentraler Bestandteil des Pakets sind die sogenannten länderspezifischen Empfehlungen, die am 16. Juli in unterschiedlichen Ratsformationen diskutiert und gebilligt wurden. Sie enthalten Fristen für das Ergreifen wirksamer Maßnahmen sowie einen empfohlenen Schuldenabbaupfad.

Mehr erfahren



## Rechnungshöfe: Unabhängige Finanzkontrolle für Ausgaben der EIB notwendig



©EIB, Oscar Romero

### Aufsicht und Kontrolle sind lückenhaft

Der Bundesrechnungshof (BRH) und der Rechnungshof Österreichs haben sich am 19. Juni in einem gemeinsamen und in zwei getrennten Sonderberichten kritisch zur Kontrolle der Bundesregierung im Hinblick auf die Beteiligung des Bundes an der Europäischen Investitionsbank (EIB) geäußert und dringenden Änderungsbedarf angemeldet. Eine funktionierende unabhängige und wirksame Finanzkontrolle beziehungsweise

Bankenaufsicht könnte die Risiken auch für den Bundeshaushalt begrenzen helfen.

[Mehr erfahren](#)



## Analyse des Europäischen Rechnungshofs zu Kohäsionsausgaben



©arsenisspyros / iStock / Getty Images Plus

### Fehlerquote gesunken

Der Bericht von Ende Mai über die Kohäsionsausgaben von 2014-2020 listet Fehlerursachen auf und setzt sich kritisch mit der Wirksamkeit des geschaffenen Zuverlässigkeitsrahmens auseinander. Die Mitgliedstaaten haben bis Mitte 2025 Zeit, um ihre Anträge auf Restzahlung für die Programme 2014–2020 einzureichen.

[Mehr erfahren](#)



## Abrechnung 2023: Öffentliche Schulden sind weiter gestiegen



©urbazon/iStock/Getty Images Plus

### Stärkster Anstieg bei den Gemeinden, Länderschulden sinken

Der Öffentliche Gesamthaushalt (Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Sozialversicherung einschließlich aller Extrahaushalte) war zum Jahresende 2023 mit 2.445,1 Milliarden Euro verschuldet. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes entspricht dies einer Pro-Kopf-Verschuldung in Deutschland von 28.943 Euro. Das waren 778 Euro mehr als Ende 2022.

[Mehr erfahren](#)



## Internationale und Europäische Steuerpolitik

### Steuertrends in der Europäischen Union



©David Gyung / iStock / Getty Images Plus

## EU-Kommission veröffentlicht Jahresbericht über die Besteuerung 2024

Die EU-Kommission möchte diskutieren vor welchen Herausforderungen, etwa Alterung der Bevölkerung, Personalmangel, Mobilität der Besteuerungsgrundlagen, die Steuererhebung in der EU steht. Zudem will sie die Änderungen in den Steuersystemen ermitteln und wie sich die Art und Weise der Steuererhebung auf die Finanzierung öffentlicher Aufgaben und die europäische Wettbewerbsfähigkeit auswirken.

[Mehr erfahren](#)



## Mittelstand

### Deutschlands Mittelstand – tragende Wirtschaftssäule gerät unter Stress



©FG Trade / E+ / Getty Images

#### Kleine und mittlere Unternehmen brauchen bessere Rahmenbedingungen

Der Mittelstand ist auch in Krisenzeiten eine tragende Säule der deutschen Volkswirtschaft – das hat jetzt das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn bestätigt. Die DIHK sieht darin allerdings keinen Selbstläufer.

[Mehr erfahren](#)



### Bürokratieabbau in der Außenhandelsstatistik



©Bet\_Noire / iStock / Getty Images Plus

#### DIHK bezieht Stellung zu einem Referentenentwurf des BMWK

Am 16. Juli 2024 hat die DIHK die geplanten Änderungen in der Außenhandelsstatistik kommentiert, mit denen Tausende Unternehmen ab 2025 insgesamt um jährlich mehr als 11 Millionen Euro von Statistikpflichten entlastet werden sollen.

[Mehr erfahren](#)



## Unternehmensnachfolge – Hotels und Restaurants unter hohem Druck



©Wavebreakmedia/iStock/Getty Images Plus/

### Mehr als fünfmal so viele Unternehmen wie Nachfolgeinteressenten

Im Mittelstand wird es immer schwerer, für das Unternehmen eine Nachfolgerin beziehungsweise einen Nachfolger zu finden. Besonders eng ist die Situation bei Hotels und Gastronomie.

[Mehr erfahren](#)



## Jetzt Schlussabrechnung der Corona-Wirtschaftshilfen einreichen



©Sebastian Condrea / Moment / Getty Images

### BMWK verweist auf Fristablauf am 30. September 2024

Wer Corona-Wirtschaftshilfen erhalten und noch keine Schlussabrechnung eingereicht hat, kann dies noch bis zum 30. September 2024 nachholen. Andernfalls werden die vorläufig bewilligten Anträge abgelehnt und die unter Vorbehalt gewährten Gelder vollständig zurückgefordert. Daran erinnert das Bundeswirtschaftsministerium.

[Mehr erfahren](#)



# Gefällt Ihnen unser Newsletter?

Dann [empfehlen Sie ihn weiter](#) oder melden Sie sich [hier an](#).

[Über uns](#) | [Impressum](#) | [Weitere Newsletter](#)



Herausgeber:

DIHK | Deutsche Industrie- und Handelskammer  
Breite Straße 29  
D-10178 Berlin  
Telefon +49 30 20308 2608  
E-Mail [newsletter-wfm@dihk.de](mailto:newsletter-wfm@dihk.de)

Verantwortlich für die Endredaktion:  
Dr. Kathrin Andrae

Um die Bilder und Infografiken unseres Newsletters direkt angezeigt zu bekommen, fügen Sie die Absender-Adresse zu Ihren Kontakten hinzu.

Sollten Sie kein Interesse an weiteren Newslettern haben, können Sie sich hier abmelden.